

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Die gemeinsame europäische Währung ist eine historische Chance

In den vergangenen Jahren habe ich bei bestimmten Zinsentscheidungen der Bundesbank regelmäßig scharfe Kritik auch von hier im Saal Anwesenden gehört. Ich habe mich selbst dann, wenn ich anderer Meinung war – diese Beispiele gab es selbstverständlich –, der entsprechenden Kritik niemals angeschlossen, weil ich der Meinung bin und bleibe, daß die Unabhängigkeit der Bundesbank für uns ein wichtiges Gut ist. Dies wird erhalten. Es gibt keinen Grund, an diesem Punkt Veränderungen vorzunehmen.

In den Grundfragen unserer Politik wurde in den jetzt beinahe anderthalb Jahrzehnten meiner Regierungs-

Aus der Rede von  
Bundeskanzler Helmut Kohl  
am 4. Juni im  
Deutschen Bundestag

zeit deutlich, daß es keine grundsätzlichen Differenzen gibt. Die Bundesbank genießt uneingeschränkten Respekt. Aber das kann doch nicht bedeuten – das sehen auch Sie in Wahrheit so –, daß wir in Einzelfragen immer übereinstimmen müssen.

Fortsetzung auf Seite 2

### HEUTE AKTUELL

● **Regierungserklärung**  
Bundesfinanzminister Theo Waigel: Die Bundesbankreserven müssen der Volkswirtschaft in vollem Umfang erhalten bleiben. Seite 8–12

● **Europa**  
Bundeskanzler Helmut Kohl an Lionel Jospin: Der weiteren Vertiefung der europäischen Integration kommt eine Schlüsselrolle zu. Seite 13

Generalsekretär Peter Hintze: Marktwirtschaft pur wird es mit der CDU nicht geben. Seite 15

Hans-Gert Pöttering: An Termin und Kriterien der Währungsunion entschlossen festhalten. Seite 5

● **Bildung**  
Herbert Reul: Mehr Handlungsspielräume für unsere Hochschulen. Seite 18

● **Ausbildungsplätze**  
Partei aktiv: Ausbildungs-Börse des CDU-Ortsverbands Bechen. Seite 22

## Bundeskanzler Helmut Kohl: Theo Waigel

**Bundesfinanzminister Theo Waigel hat in den acht Jahren, in denen er im Amt ist, in einer ganz entscheidenden Weise die deutsche Politik und die europäische Politik geprägt. Im Gegensatz zu vielen, die jetzt ihre Stimme erheben, hat er die Idee der Deutschen Einheit ohne Wenn und Aber verfolgt und dafür gearbeitet. Dafür verdient er Dank und Anerkennung.**

*Daß wir in diesen Jahren so gewaltige Hilfen geben konnten, die notwendig waren und von uns – jedenfalls in der Koalition – rundum unterstützt wurden, ist auch ein Erfolg seiner Finanzpolitik.*

*Sehen Sie sich die Gesamtbeträge des Transfers von West nach Ost in diesen*

*Jahren an und vergegenwärtigen Sie sich – das gehört in die Rechnung der Hilfen, die die Deutschen insgesamt an andere Länder gegeben haben –, daß wir seit 1989 Hilfen in Höhe von fast 200 Milliarden DM für Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion geleistet haben. Wenn Sie dann sagen, das Ansehen der Bundesrepublik oder ihres Regierungschefs sei dort gesunken, dann erkundigen Sie sich doch dort: Sie finden keinen einzigen, der nicht bei jeder Gelegenheit klar und deutlich sagt, er sei dankbar; daß die Deutschen heute die besten Nachbarn und Partner – auch auf dem Weg in die NATO und in die*

*Fortsetzung von Seite 1*

Daß es Differenzen in Einzelfragen gibt, ist nicht neu. Wenn Sie die Geschichte der Bundesbank und die Geschichte der Bundesrepublik nachzeichnen, dann werden Sie diesbezüglich viele Beispiele finden. Ich will zwar auf die Details nicht eingehen, aber ich will erwähnen, daß ich mich sehr konkret daran erinnern kann, wie zwischen meinem Amtsvorgänger und der Bundesbank im Zusammenhang mit der Einführung des Europäischen Währungssystems erhebliche Diskussionen aufgenommen sind.

Die Geschichte und die Entwicklung haben Helmut Schmidt recht gegeben. Daß wir auf diesem Feld viele Schritte weitergekommen sind, hat aber auch mit der Unabhängigkeit der Bundesbank zu tun.

Ich habe das Jahr 1990 noch in Erinnerung. Damals gab es durchaus unterschiedliche Meinungen. Neben dem Respekt vor der Bundesbank gibt es auch den

Respekt vor der politischen Verantwortung der gewählten Gremien unseres Volkes, der Parlamente, des Bundesrates und der Bundesregierung. Deswegen muß es möglich sein – diese Bemerkung stellt keine Beeinträchtigung der Zusammenarbeit dar –, über Probleme auch streitig miteinander zu reden.

Jetzt zu dem gestrigen Tag und dazu, was Sie jetzt daraus zu machen versuchen. Was war? Es gab das Gespräch, das wir verabredet hatten, mit dem Präsidenten der Bundesbank und dem Bundesfinanzminister. Es war doch völlig selbstverständlich, daß der Präsident der Bundesbank, wie übrigens auch der Bundesfinanzminister, ihre Meinungen austauschten. Beide sind aber an die Beschlüsse ihrer Gremien gebunden. Der Bundesfinanzminister ist an das gebunden, was im Kabinett beschlossen worden ist. Der Bundesbankpräsident ist an die Entscheidungen des Zentralbankrats gebunden. Was ist daran jetzt eigentlich das Besondere?

# ist ein exzellenter Finanzminister

EU – seien. Das alles hat sehr viel mit der Arbeit von Theo Waigel zu tun.

## Kompetent und zuverlässig

Ich sage noch einmal ganz klar: Er ist auch einer der Vorkämpfer für die Wirtschafts- und Währungsunion. An vielen Beispielen läßt sich ganz leicht nachweisen, daß seine Kollegen, die mit ihm im Rahmen des Ecofin einmal im Monat zusammentreffen und mit ihm seit vielen Jahren zusammenarbeiten, seine Kompetenz, seine Zuverlässigkeit und seine Kameradschaft schätzen.

Sie können ihn kritisieren; das ist ja in Ordnung. Aber hören Sie auf, einen

Mann in der Weise persönlich herabzusetzen, wie das heute hier geschehen ist!

In diesem Zusammenhang sollten wir hier die Frage aufwerfen, wer eigentlich in Ihrer Konzeption die Finanzpolitik personalisiert. Sie sind bisher ja nicht einmal in der Lage, zu sagen, wer Spitzenkandidat wird.

## Er hat auch mein Vertrauen

Theo Waigel ist ein exzellenter Finanzminister. Er hat selbstverständlich nicht nur das Vertrauen der Koalition, sondern auch mein Vertrauen. Sie können noch viele Anträge stellen. Er ist und bleibt Finanzminister. Das ist das, was zu sagen ist.

Die beiden haben gesagt – ich zitiere es wörtlich –:

„Am Schluß des Gespräches wurde folgende Sprachregelung vereinbart:

**1.** Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel und Bundesbankpräsident Dr. Hans Tietmeyer haben heute – am 3. Juni – ein Gespräch über die in Aussicht genommene Neuregelung der Bewertung in der Bundesbankbilanz geführt.

**2.** Es gibt ein ernsthaftes Bemühen um eine einvernehmliche Lösung für eine Neubewertung einzelner Positionen im Jahresabschluß 1997 mit Zahlungswirkung in 1998.

**3.** Über die einzelnen Gesetzesformulierungen finden jetzt Gespräche statt zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und der Bundesbank. Abschließend werden die Ergebnisse in die Ausschußarbeit des Bundestags eingebracht.“

Hier kann ich anfügen – was Sie wissen, aber verschwiegen haben –, daß der Bundesbankpräsident und der Bundesfinanzminister in den zuständigen Ausschuß kommen; das ist bereits längst vereinbart. Und das ist genau das, was Theo Waigel der Bundestagsfraktion – und auch der Presse – gesagt hat. Ich habe ein Exemplar der Rede vor mir liegen.

Seit einer Stunde gibt es eine Erklärung der Bundesbank. Darin heißt es:

„Meldungen, wonach Bundesbankpräsident Professor Dr. Tietmeyer ein Ergebnis der Gespräche mit Bundesfinanzminister Dr. Waigel dementiert habe, sind unzutreffend. Er hat, wie auch Bundesfinanzminister Dr. Waigel, klargemacht, daß noch keine formelle Einigung vorliegt. Die zuständigen Gremien müssen sich erst noch mit dem Ergebnis der Gespräche befassen.“

Nicht mehr und nicht weniger hat Theo Waigel gestern und heute gesagt.

Meine Damen und Herren, bei dieser Debatte geht es Ihnen aber gar nicht um den Ablauf. Sie wollen vielmehr eine Chance nutzen – unterstützt von diesem oder jenem außerhalb dieses Saales –, den Bundesfinanzminister in seinem Ansehen herabzusetzen und der Bundesregierung zu schaden. Das ist Ihr eigentliches Ziel, nicht mehr und nicht weniger.

**Wir werden die Gespräche mit der Bundesbank so führen, wie es sich gehört: in aller Sachlichkeit und ohne gegenseitige Beschimpfungen. Wir werden ein gutes Ergebnis erzielen; das kann man schon jetzt voraussagen.**

Eines ist für mich schon ziemlich erstaunlich: Ich habe in vielen Gesprächen, auch in manchen öffentlichen Darlegungen gehört, wer auch in Ihrem Lager – das mache ich niemandem zum Vorwurf – in den vergangenen Jahren angesichts der erheblichen Probleme der Finanzausstattung der Bundesrepublik für internationale und nationale Verpflichtungen, etwa im Hinblick auf die neuen Länder und den Erblastentilgungsfonds, gesagt hat: Kann man nicht dieses oder jenes an Hilfe durch die Bundesbank mobilisieren? Ich habe darauf nie geantwortet, weil ich finde, daß das, was wir tun, möglichst in Gemeinsamkeit mit der Bundesbank geschehen muß.

Da diese ganze Sache das Thema EURO, das Thema Europa berührt, will ich auch hierzu eine kurze Bemerkung machen. Wie jeder weiß, treffen sich die Staats- und Regierungschefs in 14 Tagen, am 16. und 17. Juni, zur nächsten Konferenz in Amsterdam, um den, wie wir das hierzulande nennen, zweiten Maastricht-Vertrag – wie ich hoffe, gemeinsam – zu verabschieden. Dies wäre ein wesentlicher Fortschritt beim Bau des Hauses Europa. Einer der wichtigen Punkte in Amsterdam ist die Vorbereitung der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

**Deswegen will ich für die Bundesregierung und die Koalition noch einmal ganz klar sagen: Es gibt für uns überhaupt keinen Zweifel: Wir brauchen die gemeinsame europäische Währung.**

Das ist die Grundvoraussetzung für Frieden und Freiheit, weil sie eine Grundvoraussetzung für den Bau des Hauses Europa darstellt. Unsere Politik hat sich in nichts verändert. Wir brauchen die gemeinsame Währung, wir brauchen den EURO als eine notwendige Ergänzung zum gemeinsamen Binnenmarkt. Wir brauchen diese Entscheidung auch, um den Standort Europa insgesamt zu festigen.

Die Idee, die es überall in Europa, auch bei uns in Deutschland, gibt, daß zur Bewältigung der Probleme des nächsten Jahrhunderts, zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa eine gehobene Freihandelszone ausreicht, entspricht nicht unserer Meinung. Wir werden auch weiterhin in diesem Sinne für die Vollendung des Ziels der Wirtschafts- und Währungsunion kämpfen.

Das heißt, wir müssen heute von diesem Platz aus deutlich machen, daß wir auch mit Blick auf die Finanzmärkte alles tun werden, damit der EURO kommt, und zwar als eine gemeinsame europäische Währung, als ein tragender Pfeiler des Hauses Europa.

**Dies ist eine historische Chance. Wer dies nicht begreift, dem ist sowieso nicht zu helfen. Die Chance, die sich jetzt bietet, kommt nicht wieder. Auch das muß man klar und deutlich aussprechen.**

Deswegen wird die Bundesregierung, wird die Koalition und werde vor allem ich selbst alles tun, damit der Zeitplan und die Kriterien eingehalten werden.

Ich will warnen all jene darauf hinzuweisen, die mit diesem Gedanken spielen: Wenn man den Zeitplan jetzt ändert und

## Hans-Gert Pöttering: An Termin und Kriterien der Währungsunion entschlossen festhalten

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat sich dafür ausgesprochen, „an Zeitplan und vertragsgemäßer Erfüllung der Kriterien der europäischen Währungsunion entschlossen und konsequent festzuhalten“.

Die Währungsunion müsse am 1. Januar 1999 termingerecht beginnen. Eine Verschiebung löse keines der mit

der Einführung der gemeinsamen Währung verbundenen Probleme. Hans-Gert Pöttering erinnerte an das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954. Seitdem habe Europa mehr als vier Jahrzehnte verloren. Pöttering kritisierte, daß ein Teil derjenigen, die für eine Verschiebung der Währungsunion eintreten, dieses „aus Gründen tun, die mit der europäischen Währung selbst wenig zu tun haben“.

diese große Entscheidung verschiebt, werden die Probleme nicht geringer. Das bestreite ich ganz entschieden. Ich will vor allem darauf hinweisen, daß die Deutschen mehr als alle anderen dafür die Zechen zahlen würden.

Eine Verschiebung der Währungsunion hätte notwendigerweise enorme Folgen für die Finanzmärkte. Diese Folgen betreffen den Wechselkurs zwischen Dollar und D-Mark und würden vor allem bedeuten, daß der deutsche Export wieder sehr viel teurer wird, als das Gott sei Dank jetzt der Fall ist.

Man kann nicht von einem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sprechen, wenn man nicht daran denkt, daß durch eine solche Entwicklung die für uns wichtige Säule, der Export, beschädigt würde. Deswegen gilt beides: Zeitplan und Kriterien für den EURO. Dazu stehen wir, dafür kämpfen wir, und dafür treten wir ein.

Ich halte überhaupt nichts davon – das habe ich schon an früherer Stelle gesagt –, wenn wir darüber diskutieren, ob andere die Kriterien erfüllen oder nicht. Ich war-

ne davor, daß wir angesichts politischer Veränderungen in unserer Nachbarschaft in jüngster Zeit wieder eine Diskussion beginnen, in der die Frage aufgeworfen wird: Werden die das wollen oder nicht? Ich bin dafür, daß jedes Land für sich seine Entscheidung trifft und man erst zu dem Datum, an dem die Qualifikation der einzelnen Länder geprüft wird – im April oder Mai nächsten Jahres, so wie es vorgesehen ist –, darüber spricht, aber nicht vorher. Das heißt für mich ganz konkret, daß jeder von uns seine Verantwortung wahrnehmen muß. Wir in Deutschland müssen die notwendigen Entscheidungen treffen, um diesen Kriterien zu entsprechen.

**Das heißt im Klartext, daß alle Voraussetzungen für die zweite Hälfte des jetzt laufenden Haushalts und für den Haushalt 1998 in diesem Sinne geschaffen werden müssen.**

Darüber hinaus müssen wir notwendigerweise auch das Jahr 1999 in die Betrachtungen einbeziehen, denn die Bundesregierung ist fest entschlossen, den Etatentwurf für 1999 im Sommer 1998 ordnungsgemäß vorzulegen.

Das heißt im Klartext, daß wir jetzt über die finanziellen Gegebenheiten zu reden haben. Das wird konkret so geschehen, wie ich es in der letzten Sitzung schon von diesem Pult aus gesagt habe – daran wird nichts geändert –, daß wir im Laufe des Juli, vermutlich in der ersten Julihälfte, den Etatentwurf 1998 im Kabinett diskutieren und verabschieden. Gleichzeitig werden wir dann über den Finanzplan und ebenfalls – wie ich hier in der letzten Sitzung schon gesagt habe – darüber zu befinden haben, ob sich eine Notwendigkeit für einen Nachtragshaushalt ergibt oder nicht. Diese wichtigen Aufgaben werden wir, wie es die Ordnung gebietet, in diesen Tagen diskutieren und auch miteinander verabschieden.

Es ist mir auch ziemlich gleichgültig, ob Sie diese Meinung vertreten oder nicht. Ich weiß nur eines, daß wir angesichts dieser großen Probleme, die ganz unbestreitbar vorhanden sind, bei den eben genannten Entscheidungen – Nachtragshaushalt ja oder nein, Finanzplan und Etatentwurf 1998 – die Dinge in alle Richtungen abzuwägen haben.

**Ich bin ganz sicher, daß wir die Probleme meistern werden. Die Ausgangslage für die Entwicklung unserer Wirtschaft hat sich wesentlich verbessert. Die im voraus geschätzten Wachstumsraten werden sich erfüllen, das ist inzwischen für jedermann erkennbar.**

Natürlich werden wir weiterhin das Hauptproblem dieses Jahres angehen müssen: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die größte innenpolitische Herausforderung. Aber Arbeitslosigkeit kann man nur bekämpfen, wenn man die notwendigen Reformvorhaben durchsetzt. Wenn ich mir beispielsweise in bezug auf die Lohnnebenkosten Ihre Haltung zur Rentenreform anschaue, kann ich nur sagen: Es ist absurd, daß Sie Tatsachen leugnen, die nicht

politisch geschaffen sind, sondern durch die demographische Entwicklung in Deutschland.

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund bis hin zu den Sachverständigen vieler Verbände sagen nahezu alle, daß wir den demographischen Entwicklungen Rechnung tragen müssen. Sie können leicht sagen, wir brauchen es nicht, weil Sie hier auf der Oppositionsbank sitzen und nicht in der Verantwortung stehen und auch nach dem September 1998 keine Verantwortung übernehmen werden.

Wir haben – dies ist ganz unbestreitbar – gerade bei der letzten Steuerschätzung erleben müssen, daß die Entwicklung bei den Steuereingängen – das ist ja nicht nur ein Problem des Bundes, sondern gilt auch für alle anderen Bereiche, auch für die Länder – zu erheblichen zusätzlichen Problemen führt.

**Deswegen ist es mir um so unverständlicher, warum es nicht möglich ist, daß wir uns ungeachtet unterschiedlicher Meinungen zusammensetzen und wenigstens bestimmte Kapitel und Teile aus der Steuerreform vorziehen.**

Es ist ja bis in diese Tage hinein immer wieder der Vorschlag gemacht worden. Wenn ich die Berichte aus der Anhörung im Finanzausschuß über die Vorlagen lese, dann kann ich doch in vielen Bereichen überwiegend positive Reaktionen feststellen.

Natürlich können Sie sagen: Wir warten in dieser Sache ab, bis die Vorlage im Bundesrat ist, und dann werden wir den normalen Weg des Vermittlungsausschusses beschreiten.

Das kann man machen. Denn Sie wissen so gut wie ich – jeder im Saal weiß es –, daß die Steuerreform kommt. Das ist ganz eindeutig und klar absehbar. Es ist auch gar nicht zu vermeiden, daß sie kommt.

weil die Interessen der Länder sie zwingen.

**Sie können machen, was Sie wollen, Sie können Parteipräsidiatsbeschlüsse fassen, soviel Sie wollen, diese Steuerreform wird kommen. Sie wird nicht so kommen, wie wir sie vorgelegt haben. Auch das ist klar.**

Wir werden dabei aber zu Regelungen kommen, von denen ich ganz sicher bin, daß sie dem Land weiter voranhelfen. Die Frage ist nur, ob es Ihre Betrachtungsweise und politische Opportunität ist, dies zu verzögern – Sie sagen doch andauernd, Sie wollten etwas gegen Arbeitslosigkeit tun –, oder ob wir eine schnellere Behebung von wichtigen Wirtschaftsbereichen erreichen, wenn wir in der Sache selbst schneller handeln. Das ist doch die Grundfrage. Die stellt sich an Sie. Das hat Wolfgang Schäuble ja gerade eindeutig bewiesen.

Sie mögen auch in Ihrer Haltung verharren, daß die Reformen, die überfällig sind, jetzt hinausgezögert werden. Das ist Ihre Sache. Sie haben ja in diesen Tagen oft tief Luft geholt und gesagt: Das ist ein prima Wahlergebnis. – Es sind ja auch prima Wahlergebnisse auf Ihrer Seite – nicht hier, aber anderswo. Sie denken, daraus könnten Sie Nektar gewinnen.

**Ich kann nur sagen: Wenn Sie sich an modernen Führern von sozialdemokratischen Parteien orientieren,**

## Vertrauensvotum für Theo Waigel

Mit ihrem Antrag, Bundesfinanzminister Theo Waigel ablösen zu lassen, ist die Opposition im Bundestag gescheitert. 328 Abgeordnete lehnten am 4. Juni den entsprechenden Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab, 311 Abgeordnete stimmten dafür.

**dann müssen Sie selbst modern werden. Davon aber sind Sie weit entfernt.**

Ihre Haltung zu den überfälligen Reformen wird angesichts des Beispiels deutlich, das ich noch einmal nennen möchte und das besonders bedrückend ist, nämlich das Beispiel der Rentenreform, deren Daten Sie genau kennen und die täglich neu in der Bundesrepublik für jedermann erkennbar sind: zum Beispiel die niedrige Geburtenrate, die erfreuliche Entwicklung, daß die Lebenserwartung der Menschen steigt, und die Tatsache, daß unser Ausbildungssystem hinterherhinkt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß junge Akademiker in Deutschland mit 30 und in anderen EU-Ländern mit 25 Jahren von der Universität abgehen. Sie können da nicht sagen, schuld sei die Bundesregierung. Sie haben in der Mehrzahl der Länder der alten Bundesrepublik die Regierungsverantwortung. Tun Sie endlich etwas, bevor Sie hier über solche Themen reden.

## Niedersachsen wählt am 1. März 1998

Die Niedersachsen werden ihren neuen Landtag am 1. März kommenden Jahres wählen. Das beschloß das Regierungskabinet am 3. Juni in Hannover. Ministerpräsident Schröder will von dem Wahlergebnis seine politische Zukunft als möglicher Kanzlerkandidat der SPD abhängig machen. Wenn er bei der Landtagswahl nicht erneut eine absolute Mehrheit erreiche, stehe er für eine Kanzlerkandidatur nicht zur Verfügung, erklärte er in einem Interview.

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

# Die Bundesbankreserven müssen der Volkswirtschaft in vollem Umfang erhalten bleiben

**Jenseits mancher aufgeregter Diskussionsbeiträge in den letzten Tagen bleiben die Grundlagen der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Bundesbank und Bundesregierung gefestigt. Niemand wird das, was in 50 Jahren an Vertrauen und gefestigtem Zusammenwirken – unabhängig von Personen und Parteien – gewachsen ist, in Frage stellen.**

Jeder – Bundesbank und Bundesregierung – nimmt die jeweils zugewiesenen Aufgaben in voller Verantwortung für unser Gemeinwesen wahr. Und jeder weiß, nur gemeinsames Handeln für gleichgerichtete Stabilitätsziele kann am Ende erfolgreich sein.

Deshalb haben wir uns in der schwierigen Frage der Neubewertung der Bundesbankreserven auf einen gemeinsamen Weg verständigt, der für die Bundesbank und für die Bundesregierung ein sicheres Fundament gewährleistet.

Die Bundesbank und die Bundesregierung haben eine gemeinsame Erfolgsgeschichte:

- Wir stehen gemeinsam für eine stabile international anerkannte Währung.
- Die Bundesregierung hat internationaler Kritik an der angeblich zu restriktiven Geldpolitik der Bundesbank immer wieder massiv widersprochen.
- Die Bundesregierung hat das Verlangen, den Internationalen Währungsfonds

zu einem zusätzlichen Entwicklungshilfeeinstitut umzugestalten, gemeinsam mit der Bundesbank zurückgewiesen.

- Bei der Ausarbeitung des Maastricht-Vertrages, der Vorbereitung der dritten Stufe der WWU und des neuen EWS II hat die Bundesregierung die Standpunkte der Bundesbank ohne Einschränkung mit-

**Aus der Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Theo Waigel anlässlich der Debatte zu Fragen der Finanzpolitik im Deutschen Bundestag am 4. Juni**

getragen und deren Konzept nahezu unverändert im Maastricht-Vertrag durchgesetzt.

- Gegen den Widerstand anderer hat die Bundesregierung den Vorrang der Preisstabilität im Maastricht-Vertrag durchgesetzt.

- Mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt hat die Bundesregierung die künftige europäische Geldpolitik gegen fiskalpolitische Belastungen gesichert.

**Einigung mit der Bundesbank auf gutem Weg**

**Gestern gab es ein Gespräch zwischen dem Präsidenten der Deut-**

schen Bundesbank und mir. Um von vornherein jede Verwirrung zu entkräften, will ich genau zitieren, was zwischen Herrn Bundesbankpräsident Tietmeyer und mir vereinbart wurde. Wörtlich:

„Am Schluß des heutigen Gespräches zwischen Bundesfinanzminister Waigel und Bundesbankpräsident Tietmeyer wurde folgende Sprachregelung vereinbart:

**Erstens.** Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel und Bundesbankpräsident Dr. Hans Tietmeyer haben heute ein Gespräch über die in Aussicht genommene Neuregelung der Bewertung in der Bundesbankbilanz geführt.

**Zweitens.** Es gibt ein ernsthaftes Bemühen um eine einvernehmliche Lösung für eine Neubewertung einzelner Positionen im Jahresabschluß 1997 mit Zahlungswirkung in 1998.

**Drittens.** Über die einzelnen Gesetzesformulierungen finden jetzt Gespräche statt zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und der Bundesbank. Abschließend werden die Ergebnisse in die Ausschlußarbeit des Bundestages eingebracht.“

Dies und nichts anderes habe ich gestern wortgleich in der Fraktion und auch vor der Presse vorgetragen.

Ich habe ausdrücklich gesagt, daß diese Ergebnisse auch in die Gremien der Bundesbank gehen müssen.

Ich lasse mich von Ihnen hier nicht falsch zitieren. Bleiben Sie bitte in Ihren Zwischenrufen und Behauptungen bei der Wahrheit!

## Neubewertung und Ausschüttung richtig

Durch die vorgesehene Anpassung des Wertes der Währungsreserven und die teilweise Abführung des Bewertungsgewinns an den Erblastentilgungsfonds wird die

geldpolitische Unabhängigkeit der Bundesbank nicht berührt.

Der Rat des Europäischen Währungsinstituts hat bereits am 5. November 1996 Beschlüsse über die Grundsätze der Rechnungslegung gefaßt. Dies wurde im April 1997 mit der Veröffentlichung des Geschäftsberichtes bekannt. Wir hatten frühzeitig mit der Bundesbank Verbindung, um die möglichen Konsequenzen und Folgerungen aus den sich abzeichnenden Vorschlägen zur Rechnungslegung zu beraten.

Die Bundesbankreserven sind das Ergebnis der Leistungskraft und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft in den letzten 50 Jahren. Sie müssen der deutschen Volkswirtschaft in vollem Umfang erhalten bleiben.

**Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Erbguthaben zu einem verantwortbaren Teil zur Senkung der Erblasten des Kommunismus zu verwenden.**

Jetzt hat Deutschland noch die volle und alleinige Verfügungsgewalt über die Reserven. Ein Verlust dieser Werte ist zwar auch nach Eintritt in die Währungsunion ausgeschlossen. Aber jede Veränderung und Anpassung wird in einer gemeinsamen Währungsordnung erschwert.

**Ein Verkauf von Gold kommt nicht in Betracht. Keine Feinunze Gold kommt auf den Markt.**

Mit der Ausschüttung wird 1998 begonnen. Eine zeitlich gestreckte, moderate Ausschüttung in Tranchen ist auch für die Märkte der richtige Weg.

So kann die Ausschüttung im Rahmen der Geldmengensteuerung problemlos neutralisiert werden. Das zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre, als ähnliche Volumina zur Ausschüttung anstanden.

Höhere Ausschüttungen der Bundesbank haben keine Inflationswirkung:

- 1981 betrug die Ausschüttung 2,3 Milliarden DM; die Inflationsrate belief sich auf 6,3 Prozent.
- 1982 stieg die Ausschüttung auf 10,5 Milliarden DM; die Inflationsrate betrug 5,3 Prozent.
- 1983 waren es sogar 11,0 Milliarden DM; die Inflation lag bei 3,4 Prozent.
- 1985 erreichte die Gewinnablieferung einen vorläufigen Höhepunkt von 12,9 Milliarden DM; die Inflation war inzwischen auf 2,2 Prozent gesunken.

Mit der auch von der Bundesbank im Grundsatz akzeptierten Anpassung des Rechnungswesens wird die Unabhängigkeit der Notenbank, ihre Stabilitätsaufgabe oder ihre Glaubwürdigkeit auf den Märkten in keiner Weise beeinträchtigt.

Das sehen anerkannte Experten der geldpolitischen Theorie und Praxis ebenso. Dafür steht der Name des hochangesehenen niederländischen Zentralbankpräsidenten Duisenberg ebenso wie der von Professor Rüdiger Pohl, dem Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle. Er sagt in der WELT vom 2. Juni 1997:

*„Wenn der Gesetzgeber das Bundesbankgesetz ändert und Reserven neu bewertet, dann ist das kein Eingriff in die Unabhängigkeit der Bundesbank. Die Unabhängigkeit der Bundesbank bezieht sich ausschließlich auf den Einsatz der geldpolitischen Instrumente. Diese werden nicht angetastet.“*

Ganz anders wäre es mit alten Rezepten des früheren Arbeitsministers Herbert Ehrenberg geworden: Er fordert seit Jahr und Tag den Verkauf der Goldreserven für fragwürdige kurzfristige Strohfeuer wie Arbeitsbeschaffungsprogramme.

Das kommt für uns nicht in Frage. Die in langen Jahren erwirtschafteten Goldre-

serven werden nicht vergeudet. Sie bleiben jedem kurzfristigen Zugriff dauerhaft entzogen.

## Deutliche Reserveerhöhung

Die Anpassung der Rechnungslegung und Bewertung bedeutet:

- Das Grundkapital der Bundesbank von 290 Millionen D-Mark ist angemessen zu erhöhen.
- Die gesetzliche Rücklage ist analog der für die Europäische Zentralbank geltenden Regelung auf 100 Prozent des Grundkapitals anzupassen.
- In weiteren Gesprächen mit der Bundesbank werden wir Schritt für Schritt auch die Bewertung der anderen Reserverpositionen entsprechend den EWI-Grundsätzen vorsehen.

Andere Länder haben das schon getan.

## Haushaltspolitische Aufgaben 1997/98

**Ich habe zu keinem Zeitpunkt einen Zusammenhang zwischen der Bewertungsfrage und der Lösung der aktuellen Aufgaben beim Bundeshaushalt hergestellt.**

Vielmehr war von Anfang an klar: Jede zusätzliche Gewinnablieferung der Deutschen Bundesbank – egal zu welchem Zeitpunkt sie eingeht – steht ungeschmälert zur Schuldentilgung im Erblastentilgungsfonds zur Verfügung. Das entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

Wenn zum Beispiel Frau Simonis jetzt behauptet: „Es sei spürbar, daß Waigel die Neubewertung nur wolle, um damit seine Haushaltslöcher zu stopfen“, ist das gleichzeitig falsch und scheinheilig.

Denn laut Handelsblatt vom 21. Mai 1997 ist die Kämpferin für Haushaltswahrheit und -klarheit gerade dabei, ihren erst vor drei Jahren angelegten und hochgepriese-

nen Pensionsfonds aus dem Teilverkauf der Landesbank in den notwendigen Nachtragshaushalt als Deckungsmasse einzustellen.

Wir haben die Bundesbankgewinnablieferung schon vor vielen Jahren für die Haushaltsgestaltung weitgehend neutralisiert. Das war notwendig, denn vielfach hatte die Bundesbank keine Gewinne. Schon vor der Wiedervereinigung wurden alle Bundesbankgewinnablieferungen, die über 5, später dann über 7 Milliarden DM hinausgingen, zur unmittelbaren Schuldentilgung verwandt.

Die Haushaltsdaten 1997 liegen auf dem Tisch – ich habe sie bereits in der Debatte am 16. Mai erläutert. Wir haben uns im Bezug auf eiserne Ausgabendisziplin und die dauerhafte Re-Adjustierung der Staatsfinanzen nichts vorzuwerfen.

● Seit 1990 fließen jährlich über 100 Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt in die neuen Länder.

● Seit 1990 haben wir 450 Milliarden DM an Erblasten im Zuge der Wiedervereinigung übernommen.

● Seit 1990 haben wir den Bundeshaushalt insgesamt um 125 Milliarden DM entlastet.

● Seit 1990 wurden Steuervergünstigungen in Höhe von fast 50 Milliarden DM abgebaut.

● Die Staatsquote sinkt: Von 50,2 Prozent im Jahr 1996 auf 49,5 Prozent 1997 und 48,5 Prozent 1998.

● 1995 haben wir zum ersten Mal nach 1953 die Staatsausgaben nominal gesenkt – das „Wagner'sche Gesetz“ wachsender Staatsausgaben durchbrochen.

● Mit knapp 13 Prozent erreicht der Anteil des Bundesausgaben am BIP wieder den niedrigsten Stand seit Mitte der fünfziger Jahre und liegt damit zugleich auf dem Niveau von 1989.

Das heißt: Der Bund nimmt die Wirtschaftskraft unseres Landes trotz hoher Arbeitslosigkeit, trotz Wiedervereinigung nicht stärker in Anspruch als Ende der achtziger Jahre.

Wenn dennoch in diesem Jahr und auch 1998 erhebliche Anstrengungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme erforderlich sind, hat das – neben den unverändert hohen Transfers an die neuen Bundesländer und neben den hohen Kosten der Arbeitslosigkeit – vor allem einen Grund: Der Bund hat in den letzten acht Jahren in einem nie gekannten Ausmaß Steuereinnahmen verloren.

1989 betrug der Anteil der Steuereinnahmen des Bundes am Bruttoinlandsprodukt noch 11,1 Prozent.

1997 beläuft sich der entsprechende Anteil nur noch auf 9,6 Prozent.

Dieser relative Rückgang der Steuereinnahmen bedeutet für den Bund 1997 einen Einnahmeverlust von rd. 55 Milliarden DM.

## Ausgabendisziplin und Privatisierung

Wir können die tatsächlichen Entwicklungen aber nicht ignorieren. Deshalb setzen wir unsere Politik strikter Ausgabendisziplin und dauerhafter Haushaltskonsolidierung fort. Bei der Umsetzung des Haushalts 1997 und beim Regierungsentwurf für den Haushalt 1998 werden wir alles unternehmen, um die hohen Steuerausfälle und die Kosten der Arbeitslosigkeit zumindest ein Stück aufzufangen.

**Deshalb werde ich bei allen Ausgaben über 1 Million DM und bei neuen Verpflichtungen mir die Zustimmung vorbehalten.**

**Darüber hinaus werden wir die Privatisierungsanstrengungen zusätzlich verstärken. Das ist ord-**

### **nungspolitisch richtig und bringt weitere Entlastung für den Haushalt.**

Dazu gehört auch die Telekom. Die erfreuliche Geschäftsentwicklung rechtfertigt es, den Bundesanteil schneller als geplant zurückzuführen. Dabei werden wir die Rahmenbedingungen einhalten und die Interessen der Aktionäre, insbesondere der kleineren Anleger, berücksichtigen. Alle Schritte zur Vorbereitung einer weiteren Telekom-Privatisierung werden wir auch in vollständiger Übereinstimmung mit dem Vorstand vollziehen.

Nach dem erfolgreichen Verkauf der Deutsch-Bau muß jetzt auch der Verkauf der Postbank kommen.

Weitere Projekte – Autobahn Tank & Rast AG, Flughafenbeteiligungen und andere – folgen. Auch im Liegenschaftsbereich sollen die Verkaufsanstrengungen noch einmal erweitert werden – beispielsweise bei den Bundeswohnungen.

### **Stabiler EURO – erfolgreiche WWU**

Die Bundesregierung wird den Kurs einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik unbeirrt fortsetzen. Wir werden auch die Maas-

tricht-Kriterien zur Preis- und Wechselkursstabilität sowie zur Haushaltsdisziplin einhalten.

Es gibt entlastende Faktoren, insbesondere bei den Zinsausgaben und im Bereich der Sozialversicherungsträger. Wir werden mit zusätzlichen Anstrengungen alles daran setzen, das 3-Prozent-Defizitkriterium zu erreichen.

### **Die Europäische Währungsunion ist die notwendige internationale Ergänzung unserer nationalen Finanzpolitik für Wachstum und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**

In Europa werden wir deshalb auf dem strikten, in Maastricht vereinbarten Stabilitätskurs beharren. Eine Weichwährung EURO kommt mit uns nicht in Frage. Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde in Dublin und Nordwijk verbindlich vereinbart.

Wir setzen auf eine Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, auf ein prosperierendes Europa im Zeichen einer sich neu ordnenden Weltwirtschaft. Wir setzen auf Frieden, Freiheit und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und Europa. Dafür werde ich mich auch künftig einsetzen

## **Unternehmen wollen wieder mehr ausbilden**

Die Unternehmen wollen nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wieder mehr Jugendliche ausbilden. Jeder zehnte Betrieb, der im vergangenen Jahr keine Lehrstellen angeboten hat, ist inzwischen bereit, in diesem Herbst noch Auszubildende einzustellen, hieß es am 3. Juni in Bonn. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe insgesamt wird einer Prognose

zufolge um rund vier Prozent zunehmen. Für das Ausbildungsjahr 1997/98 erwartet das Institut bei den Vertragsabschlüssen ein Plus von rund 2,4 Prozent.

Dies entspricht einer Steigerung von knapp 13.800 Lehrstellen. Die Gesamtzahl der Ausbildungsverträge wird dann nach der IW-Rechnung auf rund 588.000 anwachsen.

# Helmut Kohl: Der weiteren Vertiefung der europäischen Integration kommt eine Schlüsselrolle zu

**Bundeskanzler Helmut Kohl sandte an den Premierminister der Französischen Republik, Lionel Jospin, Paris, am 2. Juni folgendes Glückwunschtelegramm:**

Zu Ihrer Ernennung zum Premierminister der Französischen Republik gratuliere ich Ihnen sehr herzlich.

Sie treten Ihr hohes und verantwortungsvolles Amt in einer Phase entscheidender Weichenstellungen für die Zukunft Europas an. Es gilt, Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Stabilität auch für die kommenden Generationen zu sichern. Ich bin überzeugt, daß sich die von Ihnen ge-

führte Regierung mit ganzer Kraft für diese Ziele einsetzen wird.

Der weiteren Vertiefung der europäischen Integration kommt eine Schlüsselstellung bei der Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen zu. Ich bin sicher, daß auch unter Ihrer Amtsführung Deutschland und Frankreich in bewährter Partnerschaft beim Bau des gemeinsamen Hauses Europa eng und vertrauensvoll zusammenwirken werden.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und wünsche Ihnen bei der Ausübung Ihres Amtes viel Kraft und Erfolg.

## „Jyllands-Posten“: Demut vor der Geschichte, die Bewunderung wecken muß

Die rechtsliberale dänische Zeitung „Jyllands-Posten“ (Arhus) kommentiert in ihrer Ausgabe vom 30. Mai den Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl bei den Feiern zum 50. Jahrestag des Marshallplanes in den Niederlanden. Das Blatt schreibt:

„Eine kleine Träne, die bei den Feiern zum 50. Jahrestag des Marshallplanes über die Wange eines mächtigen Mannes lief, sagt mehr als viele Worte. Helmut Kohl wird leicht bewegt. Sein gutes Gedächtnis und seine Vergangenheit als Historiker ermöglichen ihm eine Demut vor der Geschichte, die Sympathie, ja Bewunderung wecken muß. Kampf gegen Nationalismus ist der Leitfaden seines europäischen Engagements. Nie wieder Krieg,

aber auch nie wieder deutsche Dominanz. Mit diesem bewußt gewählten Ausgangspunkt ragt Kohl weit über alle anderen im europäischen Orchester hinaus.

Hier steht vor allem ein Politiker, dessen ganzes Engagement von dem Wunsch getrieben wird, daß Europa zusammenwachsen möge, den Zank mehrerer Jahrhunderte hinter sich läßt und durch ein Gefühl von Zusammengehörigkeit, gemeinsamer Kultur und Identität, Frieden und Freiheit ersetzt. In Wirklichkeit sind das Deutschland von heute und sein Kanzler die beste Garantie dafür, daß alle in Europa, die Großen wie die Kleinen, eine Rolle spielen. Die Träne von Den Haag erzählt die wahre Geschichte über den außergewöhnlichen Politiker Kohl.“

# Das Wahlergebnis in Frankreich darf den europäischen Zug nicht verlangsamen

**Der europäische Zug darf durch den Regierungswechsel in Frankreich nicht verlangsamt werden. Diese Hoffnung hat der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering geäußert.**

Pöttering erinnerte daran, daß der Maastrichter Vertrag wesentlich durch den früheren sozialistischen Staatspräsidenten François Mitterrand mitformuliert worden sei. „Die französischen Sozialisten haben mit Mitterrand die Europapolitik zu einem festen Fundament ihrer Politik gemacht. Ich hoffe, daß die europäische Integration ein Grundpfeiler des politischen Denkens der Sozialistischen Partei Frankreichs bleibt und auch ihr politisches Handeln in Zukunft bestimmen wird“, erklärte Pöttering.

Vor allem müsse von der neuen französischen Regierung erwartet werden, daß sie an der fristgerechten Verwirklichung der Währungsunion zum 1. 1. 1999 festhalte. Staatspräsident Chirac habe insoweit seit seinem Amtsantritt eine „überzeugende Politik“ betrieben. Für die Währungsunion, so Hans-Gert Pöttering, sei wichtig, daß der französische Staatspräsident und die neue Regierung die gleichen Ziele verfolgen.

Notwendig sei, daß die Regierungskonferenz, die jetzt in ihre letzte Phase eintrete, doch noch in einigen entscheidenden Bereichen Fortschritte erziele. Als besonders wichtig hob Pöttering die Notwendigkeit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat hervor, da nur so

die Handlungsfähigkeit der Union bei einer zukünftigen Erweiterung gesichert werden könne. Außerdem müsse das Mitentscheidungsverfahren zur Regel in der Gesetzgebung werden, um die Demokratie in der Union weiter zu stärken. Die Entscheidungsverfahren müssen insgesamt auf drei reduziert und dadurch transparenter gemacht werden.

„Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz waren die drei Hauptforderungen an die Regierungskonferenz. Dieses sind ‚essentials‘ für den Erfolg der Konferenz“, sagte Pöttering. Er hoffe, daß die Sozialisten in Frankreich, die jetzt in die Regierungsverantwortung eingebunden seien, diese für die Zukunft Europas entscheidenden Ziele voll mittragen werden.

## Paris und Bonn müssen Kurs halten

**Zum Ausgang der französischen Wahlen erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:**

Dem Sieger der französischen Parlamentswahlen, dem Sozialistenchef Lionel Jospin, gilt unser Glückwunsch. Unser Dank gilt Alain Juppé, der sich als engagierter Europäer und als Freund Deutschlands erwiesen hat. Seine Politik war mutig und bleibt im Prinzip alternativlos.

Jospin ist ohne Zweifel ebenfalls ein Europäer. Er ist sich der unersetzlichen Rolle der deutsch-französischen Kooperation bewußt. Delors – die Verkörperung

## Peter Hintze: Marktwirtschaft pur wird es mit der CDU nicht geben

**Generalsekretär Peter Hintze zum Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich und zum Zeitplan für die Einführung des EURO:**

Der Ausgang der Parlamentswahlen ist das Ergebnis innerfranzösischer Probleme. Die politische Situation in Frankreich ist nicht mit der in Deutschland vergleichbar. Die CDU vertritt konsequent die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft als Politik der wirtschaftlichen Effizienz und des sozialen Ausgleichs. Der klare Kurs des Kanzlers, Reformkraft und Verlässlichkeit miteinander zu verbinden, wird sich durchsetzen. Die Globalisierung der Wirtschaft erfordert eine sozial sensible Politik, die zugleich alle Chancen Deutschlands auf dem Weltmarkt nutzt und Raum für neue Arbeitsplätze

schafft. Blanken Wirtschaftsliberalismus oder eine Marktwirtschaft pur wird es mit der CDU nicht geben.

Ich bin zuversichtlich, daß auch die neue französische Regierung eine europafreundliche Politik betreibt. Es ist für ganz Europa von Vorteil, wenn die gemeinsame europäische Währung ohne Zeitverzug auf einer festen Stabilitätsbasis eingeführt wird.

Für Deutschland ist die termingerechte Einführung des EURO von höchster Bedeutung. Wir werden daher alle Stabilitätsanstrengungen unternehmen, den Termin zu halten. Alle Märkte stellen sich auf den EURO ein, Verschiebungsdiskussionen sind wenig hilfreich. Eine Verschiebung wäre besonders für die exportabhängigen Arbeitsplätze schädlich.

wahren Europäertums – ist sein wichtigster europapolitischer Berater. Von dem deutsch-französischen Paar hängt in der Europapolitik in diesem Augenblick alles ab. Entscheidend ist in diesen Wochen und Monaten die Währungsunion, die jetzt ohnehin in die sensibelste Phase ihrer Vorbereitung eintritt. Es darf keinesfalls bei den Märkten der Eindruck entstehen, die Kriterien würden nicht mehr so ernst genommen.

Gewiß haben fast alle Länder – Deutschland und Frankreich eingeschlossen – das Defizitkriterium im letzten Jahr deutlich verfehlt; dennoch haben sie ungewöhnlich niedrige Inflationsraten, Wechselkursstabilität, wachsende und im Falle Frankreich-Deutschland vollkommene Zinskonvergenz erreicht. Diese Stabilität – das Ziel der Währungsunion – wäre aber ganz schnell hinfällig, wenn die Märkte ihr Vertrauen in die Fortsetzung ihres Kurses

verlören. Die Konvergenzkriterien sind zwar keine Mathematik, sondern Psychologie, aber eben deswegen auch entsprechend empfindsam zu behandeln. Deutschland muß mit gutem Beispiel vorangehen.

Noch wichtiger als eine glaubwürdige Haushaltspolitik sind dabei strukturelle Reformen. Wenig hilfreich, ja gefährlich wäre ein Wiederaufleben des Verschiebungsgeredes.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Beschäftigung im Vordergrund unserer Politik steht. Gegenüber neuen Ideen sollte Deutschland aufgeschlossen sein. Gegenüber der Wiederbelebung alter Rezepte, die sich erfolglos erwiesen haben und uns nur in die Verschuldung geführt haben, ist jedoch Wachsamkeit geboten. Dem dient auch der Stabilitätspakt, der die Dauerhaftigkeit der Stabilitätspolitik garantieren soll. Es gilt daher, Kurs zu halten – fest und entschlossen – in Bonn wie in Paris. ■

# Mehr Flexibilität durch erweiterte Deckungsfähigkeit

**Die Bundesregierung hat am 21. Mai 1997 den vom Bundesminister der Finanzen Theo Waigel vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Haushaltsrechts von Bund und Ländern beschlossen. Dazu erklärte das Bundesministerium der Finanzen:**

Mit dem Gesetz sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen der öffentlichen Finanzwirtschaft so verbessert werden, daß die öffentliche Verwaltung künftig effizienter arbeiten kann. Auch dies ist ein Beitrag zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

In der Bundesverwaltung werden flexible Haushaltsverfahren und Instrumente seit 1995 durch Modellvorhaben erprobt. Übereinstimmendes Element ist, Anreize für einen effizienten Ressourceneinsatz zu schaffen. Ähnliche Vorhaben führen auch mehrere Länder durch. Die Ergebnisse sind bisher positiv.

Durch Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes und der Bundeshaushaltsordnung wird die Möglichkeit geschaffen, den Dienststellen bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln mehr Flexibilität einzuräumen, wenn dies zu Ersparnissen für die öffentliche Hand führt. Dabei darf das parlamentarische Budgetrecht nicht beeinträchtigt werden.

Wesentliche Eckpunkte des Gesetzentwurfs sind:

- Die Flexibilität der Haushaltswirtschaft wird durch eine Erweiterung der Deckungsfähigkeit erhöht.
- Das Jährlichkeitsprinzip wird durch eine Erweiterung der Übertragbarkeit zielgerechter angewandt.

- Der Grundsatz der Gesamtdeckung wird gelockert, um verstärkte Anreize zur Erzielung von Mehreinnahmen zu schaffen.

- Die Kosten- und Leistungsrechnung wird im Haushaltsgrundsatzgesetz und für den Bereich des Bundes in der Bundeshaushaltsordnung verankert.

- Schließlich ist eine Verpflichtung zu Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei allen finanzwirtschaftlichen Maßnahmen vorgesehen.

Mit dem Gesetzentwurf verbindet die Bundesregierung die notwendige Flexibilisie-

## Kabinett beschließt Gesetzentwurf zur Modernisierung des Haushaltswesens

rung mit parlamentarischer Verantwortung und Kontrolle. Durch die Verankerung der Kosten- und Leistungsrechnung und die Pflicht zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden die Möglichkeiten für eine ergebnisorientierte parlamentarische Budgetkontrolle gestärkt.

Organisatorisch wird dies begleitet, indem an Stelle der bisherigen verwaltungsinternen Vorprüfungsstellen Rechnungsprüfungsämter geschaffen und dem Bundesrechnungshof unterstellt werden. Diese sollen verstärkt die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns prüfen. Der gezielte und effizientere Einsatz der Prüfer erlaubt zudem einen Personalabbau.

Die Aufstellung des Bundeshaushalts 1998 soll sich bereits am neuen Recht orientieren.

Wolfgang Schäuble:

## Bei der SPD am Ende keine Nettoentlastung, sondern nur Umverteilung

Das wurde aber auch Zeit. Nachdem sie sich monatelang mit immer neuen Ausflüchten darum herumgedrückt hatte, hat die SPD jetzt endlich einen eigenen Vorschlag für eine Steuerreform auf den Tisch gelegt. Sehr viel Neues ist in dem Konzept zwar nicht zu finden, aber nun sind wenigstens Vergleiche mit dem Gesetzentwurf der Koalition möglich, weil sich bei den Sozialdemokraten manche Nebel gelichtet haben.

Dabei wird zutage gefördert, daß die SPD-Vorstellungen für eine wirklich durchgreifende Steuerreform bei weitem nicht ausreichen. Es gibt nach wie vor einen Haufen Ungereimtheiten, die Finanzierung steht auf unsolidem Fundament. Aber es gibt auch Ansätze dafür, daß die SPD bereit ist, sich in wichtigen Punkten zu bewegen. Und das muß sie, soll die Steuerreform am Ende dem Anspruch genügen, das ihre zu tun für mehr Investitionen und damit für mehr Arbeitsplätze.

Das entscheidende Manko des SPD-Vorschlags: Im Gegensatz zu den Steuerreformplänen der Koalition von CDU/CSU und FDP, die alle Steuerzahler tatsächlich um bis zu 30 Mrd. DM netto entlasten will, steht bei der SPD am Ende keine Nettoentlastung, sondern nur eine Umverteilung. Was die einen – nach den Vorstellungen der SPD geringverdienende Familien mit Kindern – weniger zahlen sollen, müssen andere dann zusätzlich aufbringen. Dafür will die SPD vor allem die Wirtschaft schröpfen.

Damit würde aber das wichtigste Ziel, nämlich die drastische Verbesserung der Chancen für mehr Investitionen und damit

für mehr Arbeitsplätze, unerreichbar. So soll der für ausländische Investoren entscheidende Steuersatz auf ausgeschüttete Gewinne laut SPD-Konzept bei 30 % bleiben. Wir wollen ihn dagegen auf 25 % und damit auf ein Niveau senken, mit dem wir im internationalen Standortwettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze erst wieder konkurrenzfähig würden. Wenn parallel dazu – wie es die SPD will – auch noch zahlreiche Vergünstigungen für Unternehmen gestrichen werden sollen, fehlt jedes positive Signal an in- wie ausländischen Investoren. Im Gegenteil: Investitionsbedingungen werden verschlechtert.

Auch andere Elemente des SPD-Konzepts halten einer näheren Prüfung nicht stand. Nach Ansicht unabhängiger Steuerexperten ist es sogar verfassungswidrig, weil der Spitzensteuersatz zwar für Kapitalgesellschaften auf 35 % gesenkt werden soll – immerhin ein bemerkenswerter Fortschritt –, ansonsten aber nicht oder nur marginal. Die dadurch entstehende Spreizung zwischen den verschiedenen Steuersätzen von bis zu 18 % ist verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Außerdem werden nahezu alle mittelständischen Unternehmen, die in der Regel keine Kapitalgesellschaften sind, die aber den Löwenanteil neuer und konkurrenzfähiger Arbeitsplätze schaffen können und schaffen müssen, durch diese in sich unlogische Regelung nicht entlastet, sondern zum Teil sogar zusätzlich belastet. Deshalb ist auch die SPD-Polemik gegen den Koalitionsentwurf absurd: Es geht nicht um Steuergeschenke für Millionäre, sondern um Arbeitsplätze für Millionen. ■

# Mehr Handlungsspielräume für unsere Hochschulen

**Anlässlich eines Pressegesprächs zur Vorstellung des Beschlusses des CDU-Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur „Leistung, Differenzierung, Wettbewerb – Leitgedanken für eine zukunftsfähige Hochschule“ erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Herbert Reul, Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen:**

Nach intensiver Diskussion innerhalb des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur unter Beteiligung der Wissenschaftsminister der CDU stellt der Bundesfachausschuß seine Leitgedanken für eine zukunftsfähige Hochschule vor. Unser Ziel ist die Schaffung der besten Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Hochschulen. Dabei orientieren wir uns an drei Leitgedanken:

## ● Leistung

Wir wollen zukünftig den Leistungsgedanken noch stärker als bisher in den Hochschulen verankern. Mit einer radikalen Verringerung der staatlichen Regeldichte sollen den Hochschulen größere Gestaltungsspielräume für Strukturen, personelle Zusammensetzung und Verwendung zugewiesener Mittel gegeben werden. Mit verstärkter Evaluierung von Lehre und Forschung wollen wir erreichen, daß die Hochschulen gegenüber Öffentlichkeit, Studierenden und Parlamenten Rechenschaft über ihre Leistungsfähigkeit ablegen.

Wer Leistung will, muß auch im Finanzierungssystem Leistungsanreize schaffen. Dies gilt sowohl für die staatliche Finanzierung der Hochschulen als auch für die

Bezahlung der an der Hochschule Tätigen. Hier muß innerhalb des Dienstrechtes Platz geschaffen werden für Leistungselemente in der Bezahlung, – gerade auch in der Lehre.

## ● Differenzierung

Die wissensbasierte Informationsgesellschaft der Zukunft hat einen steigenden Bedarf an höherqualifizierten jungen Menschen. Gleichzeitig steigt deren Nachfrage nach einer Ausbildung im tertiären Sektor, vor allem mit dem Ziel, einen berufsqualifizierenden Abschluß zu erwerben.

### Wir wollen die parteiinterne Diskussion über Bildung verstärken.

ben. Deshalb wollen wir mehr Differenzierung im Hochschulsystem. Der Bundesfachausschuß bekennt sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu dem Vorhaben, Studiengänge in Deutschland zu ermöglichen, die die im angelsächsischen Graduiertensystem üblichen Hochschulgrade Bachelor und Master verleihen.

## ● Wettbewerb

Die Hochschulen sollen leistungsfähige und wettbewerbsfeste Leitungsstrukturen bekommen. Deshalb wollen wir die Rechte der Leitungen der Hochschule wie auch der Fachbereiche stärken. Gleichzeitig sollen nach den Vorstellungen des Bundesfachausschusses die Leitungen der Hochschulen zukünftig in ihrer Arbeit durch einen Hochschulrat oder ein ähnlich strukturiertes Gremium unterstützt werden können.

nen. Der Hochschulrat soll sich aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik zusammensetzen.

Wir wollen aufräumen mit der Mär, daß es innerhalb der Hochschulausbildung keine Qualitätsunterschiede in Deutschland gibt. Zukünftig brauchen wir Hochschulen, die eigenständiges Profil mit Schwerpunktbereichen ausbilden, in denen besondere Leistungen erbracht werden. Dazu gehört auch ein Wettbewerb der Hochschulen um die fähigsten Studenten in Deutschland sowie neue Gestaltungselemente beim Hochschulzugang für die Universitäten. Zumindest in den Fächern, in denen ein Nachfrageüberhang besteht, muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, einen Teil ihrer Studierenden selbst auszuwählen.

Mit diesem abgestimmten Konzept schreibt der Bundesfachausschuß das integrierte Bildungskonzept der CDU vom September 1993 fort. Wir wollen die parteiinterne Diskussion um die Bedeutung der Fragen der Bildung und der Hochschulen verstärken und dieses Thema in die Beratungen des CDU-Bundesparteitag im Oktober in Leipzig einbringen.

## Neue Technologien

### Landestagung von Frischluff NRW zum Thema Internet

Die diesjährige Landestagung von Frischluft Nordrhein-Westfalen e. V. am Samstag, 14. Juni 1997, in der Kreisverwaltung Viersen steht unter dem Motto „Jugend und neue Technologien – Möglichkeiten und Risiken des Internet“.

Der größte Frischluft-Landesverband wird sich mit der Bedeutung der neuen Kommunikationsmöglichkeiten für die Jugendverbände und die Jugendarbeit auseinandersetzen.

**Interessenten erhalten  
Informationen und Einladungen bei  
Frischluff NRW e.V.,  
Holzmarkt 59-65, 50676 Köln,  
Tel./Fax-Nr.: 02 21/24 088 83 oder  
e-mail an finrw@aol.com.**

## Heinz Paus: Nachfolger von Johannes Gerster

In seiner jüngsten Arbeitssitzung hat der CDU-Bundesfachausschuß Innenpolitik den bisherigen Stellvertreter **Heinz Paus** MdL zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig. Heinz Paus folgt damit **Johannes Gerster** nach, der eine neue Aufgabe als Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem übernommen hat.

Der neue Vorsitzende ist innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen so-

wie Vorsitzender der Konferenz aller innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen.

Als neuen Stellvertreter wählten die Mitglieder des Bundesfachausschusses einstimmig den innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Hessen, den ehemaligen Justiz-Staatssekretär **Volker Bouffier** MdL. Weiterer Stellvertreter des Bundesfachausschusses Innenpolitik ist bereits seit Herbst 1995 der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern, **Alexander Prechtel**.

## Asylbewerberleistungsgesetz

# Nach Blockade durch die Opposition: Die Reform ist jetzt in Kraft

Zu der am 1. Juni in Kraft getretenen Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes erklärte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer: „Dieses Gesetz hätte schon vor über einem Jahr wirksam werden können, wenn die Opposition es nicht mit ihrer Mehrheit im Bundesrat blockiert hätte. Diese Blockade hat die Steuerzahler mindestens 800 Mio. DM gekostet, die ihnen bei einem früheren Inkrafttreten erspart geblieben wären. Sie hat aber auch verhindert, daß es früher zu der dringend notwendigen Gleichbehandlung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen gekommen ist.“

Durch das Änderungsgesetz wird die Frist für Leistungsabsenkungen für Asylbewerber über das – 1992 gemeinsam mit der SPD beschlossene – erste Jahr hinaus auf drei Jahre erweitert. Die Absenkung unter das Sozialhilfeniveau ist gerechtfertigt, weil diese Personen bis zum Abschluß ihres Asylverfahrens nicht damit rechnen können, auf Dauer in Deutschland zu bleiben. Aufwendungen für die volle Integration in die Gesellschaft sind bis dahin nicht gerechtfertigt.

Wenn allerdings dem Asylantrag stattgegeben wird, entfällt die Absenkung bereits vor Ablauf der drei Jahre. Auch Bürgerkriegsflüchtlinge werden in diese Rege-

lung einbezogen. Insbesondere seitdem feststeht, daß die freiwillige Rückkehr nach Bosnien möglich ist, war eine solche Regelung überfällig. Die Möglichkeiten, besonderen Einzelschicksalen durch höhere Leistungen gerecht zu werden, werden erweitert. Das strenge Sachleistungsprinzip wird aus Gründen einer flexibleren Anpassung an die örtlichen Verhältnisse gelockert. Die Länder leisten anstelle der bisher vorgesehenen Kompensation für den Bund einen Beitrag zum Wiederaufbau für Bosnien.

Durch das Asylbewerberleistungsgesetz, das am 1. 11. 1993 in Kraft getreten ist, wurden die Leistungen für den notwendigen Lebensunterhalt der Asylbewerber aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgelöst und in einem eigenständigen Gesetz geregelt. Es beinhaltet in der ab 1. Juni 1997 geltenden Fassung folgende Kernpunkte:

- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und geduldete Ausländer.
- Die Sicherung des Lebensunterhalts erfolgt auf die Dauer von drei Jahren vorrangig durch Sachleistungen. Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen können die Leistungen, soweit es nach den Umständen erforderlich

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

## Wichtiger Schritt für mehr Lehrstellen

**Bildungsminister Jürgen Rüttgers hat sich mit Vertretern von Bund und Ländern auf einen wichtigen Schritt für mehr Lehrstellen geeinigt:**

Bund und Länder sollen künftig den zweiten Berufsschultag im zweiten und dritten Lehrjahr streichen, sofern sich Berufsschulen und Betriebe nicht auf eine andere Regelung verständigen. Damit kann eine wichtige Hürde für die Schaffung von mehr Lehrstellen beseitigt werden. Viele Betriebe haben versichert, daß sie mehr Lehrstellen anbieten könnten, wenn die Anwesenheitsdauer der Lehrlinge im Betrieb und die effizientere Organisation des Berufsschulunterrichts gewährleistet würde.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich den Vorschlägen von Bildungsminister Rüttgers angeschlossen. Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte unterstützt ausdrücklich die Neugestaltung von zweijährigen Ausbildungsberufen, wie sie die CDU seit längerem fordert. Ebenfalls befürwortet wurde der Vorschlag von der Kultusministerkonferenz.

### Baldige Entscheidung

Über den gesamten Katalog von Vorschlägen für die Schaffung von mehr Lehrstellen soll in den nächsten Wochen in einem Spitzengespräch mit dem Bundeskanzler entschieden werden.

ist, auch in Form von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen gewährt werden. Dabei sind 360 DM für den Haushaltsvorstand, 310 DM für Haushaltsangehörige nach Vollendung des 7. Lebensjahres und 220 DM für jüngere Haushaltszugehörige anzusetzen. Zusätzlich erhalten die Leistungsberechtigten zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens einen Geldbetrag von 80 DM monatlich; Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres erhalten 40 DM.

- Bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt werden die medizinisch notwendigen Hilfen geleistet.
- Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und geduldete Ausländer sind verpflichtet, während der Dauer des Verfahrens ihre Arbeitskraft für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Als Anerkennung und zur Förderung der Arbeitsmotivation

wird eine Aufwandsentschädigung von 2 DM je Stunde gezahlt.

- Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz, die über Einkommen und Vermögen verfügen, haben dieses zuerst aufzubrauchen. Bei Sachleistungen in Einrichtungen sind die Kosten dafür von dem, der dazu in der Lage ist, zu erstatten.
- Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und geduldeten Ausländern werden nach drei Jahren Leistungen entsprechend der Sozialhilfe gewährt, wenn die Ausreise und aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, weil humanitäre, rechtliche oder persönliche Gründe oder das öffentliche Interesse entgegenstehen. Anderenfalls bleibt es bei der Absenkung.
- Die Durchführung des Gesetzes ist Aufgabe der Länder, sie können die zuständige Behörde und die Kostenträger bestimmen. ■

Ausbildungs-Börse des CDU-Ortsverbands Bechen:

## Stellen vom Floristen bis zum Kfz-Mechaniker

**Der Trend stimmt das Arbeitsamt besorgt: Die Ausbildungsplätze nehmen ab, die Schulabgänger zu. Erstmals, so Heinz Combüchen vom Gladbacher Arbeitsamt Bergisch Gladbach, gebe es jetzt im Arbeitsamtbezirk mehr Bewerber als offene Ausbildungsstellen.**

Der CDU-Ortsverband Bechen wollte im kleinen gegensteuern. Im Mai stellte er seine „Ausbildungsbörse“ vor. Sie bietet noch für dieses Jahr 21 Ausbildungsplätze und 23 Praktikantenstellen an – vom Floristen über den Graveur bis hin zum Kfz-Mechaniker. Alle freien Plätze befinden sich in Bechen, Herweg und Neuensaal.

„Auslöser für die Aktion war die schlechte Ausbildungsplatzsituation und die zum Teil mangelnde Bereitschaft der Betriebe, freie Ausbildungsplätze zu melden“, erklärte Ortsverbandsvorsitzender Michael Pankraz. Zudem wollte der Ortsverband etwas für Bechen, etwas für die Jugendlichen tun und zugleich Politik greifbar machen.

Die Aktion begann vor gut zwei Monaten damit, daß die sieben Vorstandsmitglieder die 73 Betriebe des Sprengels ansprachen. Wie machten die Politiker den Firmen die Praktikanten und Azubis schmackhaft? Er habe erklärt, so Pankraz, „daß Fachkräfte herangezogen werden, die in Kürten wohnen“. Das verkürze Wege, verhindere Reibungsverluste. „Es ist auch imagefördernd, in der eigenen Gemeinde auszubilden, denn man spricht darüber.“

Über die positive Reaktion waren die CDUler erstaunt. „Die Betriebe waren außerordentlich aufgeschlossen“, sagt Pankraz. Wert habe die CDU auch auf Praktikantenplätze gelegt, weil dadurch oft Ausbildungsverhältnisse zustande

kommen. Zudem können die Jugendlichen ihre Eignung für einen Beruf testen. Eine Art „Schnupperlehre“, so Pankraz.

Drei Schulen werden in die Aktion eingebunden: die Kürtener Gesamtschule sowie die Realschulen in Herkenrath und Wipper-

**Von Ute Glaser in der  
„Bergischen Landeszeitung“  
vom 16. Mai 1997**

fürth. Ihren Vertretern übergab Vize-Ortsverbandsvorsitzende Sabine Biesenbach die großen blauen Plakate, die vorab in den Schulen über die freien Plätze informierten. Weitere Plakate wurden dort aufgehängt, wo Jugendliche sich aufhalten.

Nicht nur die Vertreter der Schulen sind über die Aktion glücklich, sondern auch das Arbeitsamt. „Wir sind dankbar für jede Stelle“, so Combüchen. Er macht durch Zahlen deutlich, wie hoch das Bechener Engagement einzustufen ist: In einer Aktion des Arbeitsamtes in den letzten Wochen stellten Betriebe im gesamten Arbeitsamtsbezirk nochmals 97 Ausbildungsplätze für 1997 zur Verfügung. In Kürten gebe es derzeit 19 freie Ausbildungsplätze, für die sich 84 Bewerber und Bewerberinnen interessierten. Daß die Bechener zusätzlich weitere 21 Ausbildungsplätze plus 23 Praktikantenplätze in ihrem kleinen Bereich bereitstellen, sei enorm. „Das ist beispielhaft“, lobt Combüchen. „Das sollte Schule machen.“

Michael Pankraz, der auch im CDU-Vorstand der Gesamtgemeinde Kürten sitzt, will dafür sorgen, daß ein „Lawineneffekt“ eintritt und diese Ausbildungsbörse 1998 in ganz Kürten durchgeführt wird.

## WestLB sieht Wachstumsdelle überwunden

**Nach Ansicht der Westdeutschen Landesbank Girozentrale (WestLB/Düsseldorf) mehren sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung.**

Vor allem vom Ausland werden nach Meinung der WestLB-Volkswirte beachtliche Impulse auf die deutsche Wirtschaft ausgehen, teilte die WestLB am 3. Juni in Düsseldorf mit. Für 1997 rechnet die Bank mit einem Wirtschaftswachstum von 2,25 Prozent, für 1998 von 3,0 Prozent.

Die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten dürften von 134 Milliarden DM im Jahr 1996 auf knapp 120

Milliarden DM in diesem Jahr zurückgehen. Für 1998 prognostizieren die Experten einen Betrag von 105 Milliarden DM. Für die Defizitquote errechneten sich in der maastricht-relevanten Abgrenzung Werte von 3,3 Prozent für 1997 und 2,8 Prozent für 1998.

Sollten jedoch die Währungsreserven der Bundesbank noch in diesem Jahr marktnah bewertet und die daraus resultierenden Buchgewinne zumindest teilweise ausgeschüttet werden, werde die Quote bereits in diesem Jahr den Referenzwert von drei Prozent leicht unterschreiten, meinten die Experten.

### Aral will 1.000 Arbeitsplätze schaffen

Die Aral AG (Bochum) hat die Schaffung von 1.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Bei der Beschäftigungsoffensive würden gemeinsam mit Tankstellenbetreibern und Arbeitsämtern Vollzeitarbeitsplätze vorrangig für arbeitslose Jugendliche geschaffen, teilte Aral in Bochum mit. An vielen Stationen will Aral dabei den Kundendienst verbessern. Abhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit bezuschußten die Arbeitsämter die neuen Stellen bis zu einem Jahr.

### VW braucht 1.000 zusätzliche Mitarbeiter

Die VW-Betriebsräte haben wegen der „sehr guten“ Auftragslage die befristete Einstellung von mehr als 1.000 Mitarbeitern in Deutschland gefordert. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Klaus Volkert, sagte in Emden, über den konkreten Bedarf in den einzelnen Werken wolle die Belegschaftsvertretung mit dem Vorstand und den Werkleitungen verhandeln. In Emden, wo vorwiegend der Passat produziert werde, seien 400 Neueinstellungen durchgesetzt worden.

### Fast 3.000 Bäckerlehrlinge mehr

In deutschen Bäckerbetrieben haben im vergangenen Jahr 29.716 Lehrlinge gearbeitet, 2.645 mehr als 1995. Wie der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks mitteilte, wurden 12.488 Auszubildende neu eingestellt. Das ist der höchste Wert seit 1989.

Herbert Reul, Generalsekretär der CDU NRW:

## Wir haben die besseren Konzepte

**Zwei Jahre besteht die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen. Selbst die größten Optimisten, die nach 15 Jahren SPD-Alleinregierung glaubten, Rot-Grün würde neuen Schub für das Land bringen, sind schwer enttäuscht. Nichts hat sich seit den Zeiten der SPD-Allein herrschaft zum Positiven für unser Land gewendet.**

Die SPD wurschtelt so weiter wie in den Jahren der absoluten Mehrheit. Zu einer notwendigen politischen Umkehr ist die SPD trotz und wegen des grünen Koalitionspartners bisher nicht bereit. Sie bewegt sich weiter auf alteingefahrenen Gleisen, statt auf Innovation und Modernität zu setzen. Nach einer im Auftrag des SPD-Vorstandes erstellten Studie hat die SPD deutliche Schwächen als „Partei der Innovation“ und ein erhebliches „Modernitätsdefizit“.

Das Bild der Grünen in Nordrhein-Westfalen ist geprägt von Wankelmut, Taktierereien und dem Spielen auf Zeit. Seit dem Borkener Parteitag ist nicht Fortschritt, sondern Rückschritt ihr Programm. Was die grünen Politiker in unserem Land wollen, welche Ziele sie verfolgen, wer bei ihnen das politische Handeln bestimmt und wo sie aus Opportunitäts- und Machterhaltungsründen zu Zugeständnissen bereit sind und wo nicht, läßt sich selbst für erfahrene politische Beobachter nur noch schwer erkennen.

Aber nicht nur Rot und Grün liegen permanent im Streit, wir haben es mittlerweile in Nordrhein-Westfalen mit einer 5-Fraktionen-Koalition zu tun:

- SPD gegen Grüne;
- Clement, Matthiesen und deren Gefolgschaft gegen Behler, Horstmann und einem grünen Teil der SPD-Fraktion;

- Rau und die Staatskanzlei gegen Clement und Matthiesen in der Frage von Neuwahlen und dem Zeitpunkt des Rücktritts des Ministerpräsidenten;

- bei den Grünen: Fundis gegen Realos. Partei gegen Fraktion.

Der Dauerstreit zwischen Rot und Grün und untereinander in den verschiedenen Regierungsgruppchen lähmt unser Land. Zwei Jahre Rot-Grün sind zwei verlorene Jahre für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Die regierungsfreie Zeit in Nordrhein-Westfalen dauert schon

### Initiative der CDU NRW gegen lahme Landespolitik

viel zu lange. Was wir jetzt brauchen, sind klare Entscheidungen und kein weiteres Abwarten. Am besten wäre es, wenn gleich der ganze rot-grüne Spuk beendet würde. Die CDU NRW hat deshalb die Initiative gegen lahme Landespolitik gestartet. „Stop! 'n' Go!“ ist das Motto unserer Plakate. Stop steht für Aufhören und Go für Abtreten. Das sind unsere Forderungen an Rot-Grün.

Die „Initiative gegen lahme Landespolitik“ umfaßt neben einer landesweiten Plakataktion zwei Dokumentationen. Die Dokumentation „Die Grünen in Nordrhein-Westfalen – von radikalen Ökofreaks zur zerstrittenen Regierungspartei“ untersucht den grün-grünen Streit.

Die Dokumentation „Stop! 'n' go! – oder wie Rot-Grün Nordrhein-Westfalen kauptregiert“ thematisiert einerseits das Versagen der SPD als der größeren Regie-

ungspartei und andererseits den rot-grünen Dauerstreit.

**Die beiden Dokumentationen sind in der CDU-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf zu erhalten:**

**Tel.: 02 11/13 60 00.**

Darüber hinaus werden wir in den Sommerferien in allen acht Bezirksverbänden an Beispielen vor Ort deutlich machen, was Inhalt der Initiative „**CDU gegen lahme Landespolitik**“ ist, was rot-grüne Politik in Nordrhein-Westfalen für die Bürgerinnen und Bürger konkret im eigenen Lebensumfeld bedeutet und wo die Alternativen der CDU liegen.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der rot-grünen Landesregierung wächst von Monat zu Monat. Hielten im September vergangenen Jahres 25 % der Bürger in Nordrhein-Westfalen vorzeitige Neuwahlen für richtig, so waren es bei einer Umfrage Mitte Mai schon 49 %. Das zeigt, daß unsere Politik der tausend Nadelstiche erste Früchte trägt.

Notwendig ist jetzt, daß wir unser eigenes Profil schärfen. Zur Profilbildung der CDU gehört auch, daß wir unsere Konzepte dem Versagen von Rot-Grün gegenüberstellen. Die CDU hat klare, auf Parteitagebeschlüsse beruhende Alternativen zur rot-grünen Regierungspolitik anzubieten, ob zur

- Bildungspolitik
- Privatisierung
- Steigerung der Innovationsfähigkeit
- Flexibilisierung der Arbeitswelt
- Verwaltungsstrukturreform
- Medien- und Informationspolitik
- oder Bio- und Gentechnik.

In all diesen politischen Zukunftsfeldern hat die CDU die besseren Konzepte als Rot-Grün.

Das müssen wir den Menschen im Lande noch stärker vermitteln als bisher. Auch

dazu soll unsere Initiative „**CDU gegen lahme Landespolitik**“ dienen.

Ein besonderes Augenmerk werden wir auf Wirtschaftsminister Clement legen, denn er ist die Leitfigur der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen. Es war Clement, der als maßgeblicher Geburtshelfer am Zustandekommen von Rot-Grün beteiligt war. Das scheint mittlerweile in Vergessenheit zu geraten.

Heute tut Clement nämlich oft so, als hätte er mit den Grünen nichts am Hut, als wären die Grünen für ihn Störenfriede.



**Herbert Reul: CDU NRW initiativ**

Das Gegenteil ist der Fall. Wenn er die Grünen zum Regieren braucht, gibt er ihnen eigene Spielwiesen, wie zum Beispiel zusätzliche Mittel für Fahrradstationen und Radfahrwege oder Mittel für „soziale Betriebe“.

Nach zwei Jahren kristallisiert sich mehr und mehr heraus: Wirtschaftsminister Clement ist ein Riese im Ankündigen, aber nur ein Zwerg in der Umsetzung seiner Politik. Die Zukunft unseres Landes wird nicht durch Sprüche von Minister Clement bei IHK-Vollversammlungen gestaltet,

sondern durch politische Entscheidungen. Es reicht nicht aus, Dow-Jones von Tom Jones zu unterscheiden. Es reicht nicht aus, von der Förderung der kleinen und mittleren Betriebe zu sprechen und nur 9 Mio. DM für Risikokapital im Landeshaushalt bereitzustellen (zum Vergleich: allein die Sparkasse Dortmund vergibt jährlich 12 Mio. DM Risikokapital).

Das gleiche gilt für die Bio- und Gentechnik. Was nützt es, wenn Wirtschaftsminister Clement sich wortgewaltig dafür einsetzt, aber die andere Hälfte der Landesregierung diese wichtige Zukunftstechnik ablehnt. Vor wenigen Tagen noch haben die grünen Politikerinnen Nacken und Hürten der SPD Konzeptlosigkeit bei der Gentechnik öffentlich vorgeworfen. Welcher Investor wird sich in Nordrhein-Westfalen ansiedeln, wenn nicht klar ist, in welche Richtung bei der Bio- und Gentechnik der Zug demnächst fährt.

## Wo steht Clement?

Wirtschaftsminister Clement fordert verbal gutes und qualifiziertes Fachpersonal. Wo ist denn sein Veto in der Schuldebatte? Warum stimmt er allem zu, was die rot-grüne Bildungsfront treibt? Mit seinem Schweigen toleriert bzw. unterstützt er die leistungsfeindliche Bildungspolitik von Rot und Grün.

Und wo steht Clement beim Thema Bürokratieabbau? Wieso kämpft der Wirtschaftsminister nicht stärker für einen schlanken Staat? Warum läßt es Clement zu, daß die SPD die bisher bestehenden Verwaltungsebenen beibehalten will, anstatt unserem Vorschlag für die Verwaltungsreform zuzustimmen, um die Voraussetzungen für die Ansiedlung dringend benötigter neuer Investoren zu verbessern.

Clement steht für eine PR-Politik, aber nicht für eine Politik der Gestaltung. Er gilt dann schon als erfolgreich, wenn alles so bleibt wie es ist (Beispiel: Verhinde-

rung des Nachtflugverbots am Flughafen Köln-Bonn).

Wirtschaftsminister Clement hat bisher weder in der SPD noch in der Landesregierung erreicht, daß die Signale auf Entlastung der Unternehmer und Arbeitnehmer, auf Abbau der Bürokratie, auf konsequente Förderung der Wirtschaft und auf die Schaffung Tausender neuer Arbeitsplätze gestellt werden. Im Gegenteil: In den politischen Feldern, für die Clement als Minister zuständig ist, gibt es Streit und bisher keine Veränderungen. Ab und an werden die Grünen mit Spielwiesen beruhigt.

Auch andere Minister der SPD lassen es an Durchsetzungskraft und Innovationsfähigkeit fehlen. Bestes Beispiel: Sozialminister Horstmann. Noch nicht einmal zwei Jahre im Amt, gilt er als durchsetzungsschwach und profillos, wird der Ruf nach Ablösung immer stärker. Sein dilettantisches Vorgehen im Fall Herten hat ihm zu Recht den Titel Umfaller des Jahres eingebracht. Aber nicht nur die geplante Klinik für psychisch kranke Straftäter in Herten ist zum Synonym Horstmannscher Politik nach Gutscherrenart geworden. Andere Beispiele sind die Verwaltungsreform im eigenen Ministerium sowie die gesamte Krankenhauspolitik in Nordrhein-Westfalen.

## Konkrete Sacharbeit

Dem Chaos in der rot-grünen Koalition wird die CDU NRW konkrete Sacharbeit in Partei und Fraktion entgegensetzen. Über die Auswahl von Themen wie Innovation, Modernisierung unserer Gesellschaft, Privatisierung, Entbürokratisierung, Innere Sicherheit und Zukunft der Bildung wird sich die CDU als interessante Zukunftspartei darstellen, als Alternative für Nordrhein-Westfalen, als eine Partei gegen lahme Landespolitik.

# CDU Thüringen hatte die Jugend des Landes bei sich zu Gast

Es dürfte ein Novum in der Geschichte der CDU Deutschlands gewesen sein: Beim 6. Landesausschuß der CDU Thüringen am 31. Mai in Bad Langensalza übertraf die Zahl der Gäste die der Delegierten um das Doppelte, und diese Gäste waren fast ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene.

Das Thema dieses Kleinen Parteitages, „Jugend in Thüringen“, war der Grund für diese ungewöhnliche Konstellation auf dem Landesausschuß, der auch insofern eine Besonderheit darstellte, als all den zahlreichen Gästen Rederecht eingeräumt worden war.

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten den Leitantrag des Landesvorstandes „Zukunftsorientiert denken, verantwortlich handeln – Junge Politik für unser Land“. Die der Thüringer Union angehörende Bundesjugendministerin Claudia Nolte MdB hatte den Antrag vorgestellt und in diesem Rahmen ein Sonderprogramm ihres Hauses für ein Freiwilliges Soziales Jahr in der offenen Jugendarbeit angekündigt. Der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, rief die Jugend zu stärkerem politischen Engagement – vor allem in der Kommunalpolitik – auf und forderte zugleich von seiner Partei, jungen Leuten bei Kandidaturen für Ämter und Mandate größere Chancen einzuräumen. Der Landesvorsitzende lobte die Junge Union Thüringen, die eine ständig steigende Mitgliederzahl habe und mit der Zahl 1.330 fast dreimal so stark sei wie der gesamte Landesverband der Thüringer Grünen.

Der Parteitag war stark von der Diskussion über Zukunftsthemen bestimmt. Drei zeitgleich ablaufende Gesprächsforen, die sich thematisch an den Kapiteln des Leit-

antrages orientierten – „Jugend gestaltet Zukunft“, „Schule, Ausbildung, Beruf – Perspektiven für die Jugend“ und „Fortschritt nutzen – Schöpfung bewahren“ – boten dazu hervorragende Gelegenheit. Nicht zuletzt auch deswegen, weil alle Podien mit kompetenten und prominenten Gesprächspartnern besetzt waren, so beispielsweise mit dem sächsische Umwelt-

## Kleiner Parteitag zur Jugendpolitik in Bad Langensalza

minister Arnold Vaatz und der Vorsitzenden des Deutschen Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Dagmar Schipanski.

Vor Beginn und während der Beratungen präsentierten sich zahlreiche Thüringer Jugendvereine und Jugendverbände im Tagungsgebäude. Sie gaben der Veranstaltung ein besonderes Flair.

Die zur Union übergetretene einstige DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld MdB nutzte die Gelegenheit, um sich bei der Thüringer Union für die gute Aufnahme zu bedanken und an ihre Freunde aus der Bürgerrechtsbewegung zu appellieren, ihrem Schritt zu folgen. Mit Interesse registrierte die Öffentlichkeit außerdem die einstimmige Annahme eines von der Jungen Union eingebrachten Initiativantrages, der sich gegen die Beschäftigung von ehemaligen offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern und Befehlsgebern des SED-Sicherheitsapparates in leitenden Funktionen des Landes ausspricht. Aktueller Hintergrund war die durch den SPD-Innenminister Dewes erfolgte Berufung des obersten Kriminalpolizisten des DDR-Bezirktes Suhl zum kommissarischen Präsidenten des Landeskriminalamtes. ■

# EURO – wie? EURO – was?

## Schülerwettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Wird der EURO so stabil sein wie die D-Mark? Wann wird er kommen? Birgt das Umstellen Risiken für unser Land und unsere Wirtschaft?**

Mit diesen Fragen beschäftigen sich zur Zeit Wirtschaftsexperten und Politiker, Unternehmer und Gewerkschafter, Kirchenvertreter und viele andere Gruppen. Aber gerade junge Leute, für die das neue Geld ein lebenslanger Begleiter sein wird, sollten sich aufgeschlossen und kritisch mit der Währungsunion und dem Eurogeld auseinandersetzen.

**Die Konrad-Adenauer-Stiftung schreibt daher einen Schülerwettbewerb aus:**

**EURO – wie? EURO – was?**

Aufgabe ist es, den Wechsel von D-Mark zum EURO zu untersuchen. Beispiele für Fragen, die von Schülergruppen oder einzelnen Schülern ab 16 Jahren bearbeitet werden sollen, sind:

- Welche Motive führten dazu, sich für eine gemeinsame europäische Währung zu entscheiden?
- Welche Chancen, welche Risiken bietet die Einführung des EURO?
- Was sind die Voraussetzungen für den Eintritt in die Währungsunion, und wer entscheidet darüber?
- Was geschieht mit jenen Ländern, die nicht an der Währungsunion teilnehmen?
- Wie wird der EURO das tägliche Leben, Wirtschaft und Politik verändern?

Die Wettbewerbsbeiträge können ganz unterschiedlich gestaltet sein, z. B. Re-

portagen, Theaterstücke, Videofilme, Fotoserien, Features, Collagen, Interviews und Zeichnungen.

**Die Einsendungen müssen bis zum 20. November 1997 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung eingehen.**

Auf einer großen Abschlußveranstaltung im Frühjahr 1988 werden die Preise verliehen. Als erster Platz winkt den Gruppen eine einwöchige Reise zu den Finanzzentren Europas (Frankfurt, Luxemburg,

**Konrad  
-Adenauer-  
Stiftung**

London), ein dreitägiger Besuch von London oder Paris ist der zweite und dritte Preis. Die zwei folgenden Plätze führen die Gewinner für zwei Tage zu einem der deutschen Börsenplätze. Für Einzelteilnehmer sind die ersten zwei Preise ein zweijähriges Ausbildungsstipendium von monatlich 300 DM und 150 DM, natürlich nach dem Wechsel in EURO überwiesen. Die weiteren Preise sind: dreitägige Städtereisen nach Brüssel, Straßburg, Weimar, Bonn oder Berlin sowie CD-Roms, Spiele und Bücher.

**Weitere Informationen sind bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Bildungswerke, Postfach 1331, 50387 Wesseling, und der dort eingerichteten Hotline mit der Telefonnummer (0 22 36) 7 07-4 06 oder 7 07-2 44, der Faxnummer (0 22 36) 7 07-4 03 oder der E-Mail: zentrale-pb@pb.kas.de erhältlich.**

# Trauer um Heinrich Barth

## Die Christlich Demokratische Union Deutschlands trauert um Staatssekretär a.D. Dr. Heinrich Barth.

Heinrich Barth war von 1964 bis 1996 Vorsitzender des Bundesparteigerichts der CDU, von 1952 bis 1954 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Bremen und von 1963 bis 1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend. Er war der letzte persönliche Referent von Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Die unter Vorsitz von Heinrich Barth im Bundesparteigericht der CDU getroffenen Entscheidungen waren häufig wichtige Beiträge zum Parteienrecht, die auch in der juristischen Fachpresse große Aufmerksamkeit gefunden haben. Differenziert und konsequent in der Sache, wissenschaftlich geachtet und den Bedürfnissen der Praxis entsprechend, hat das Bundesparteigericht unter Barths Führung mehr als 200 Parteigerichtsverfahren durchgeführt.



## Einfühlsame Kunst des rechtlichen Ausgleichs

Die Parteigerichtsordnung der CDU trägt in den wesentlichen Grundzügen die Handschrift von Heinrich Barth. Durch seinen Sinn für Gerechtigkeit, seine souveräne Verhandlungsführung

und seine einfühlsame Kunst des rechtlichen Ausgleichs hat Heinrich Barth maßgeblich zur Bewahrung des innerparteilichen Rechtsfriedens beigetragen.

Generalsekretär Peter Hintze hob die tatkräftige Mitwirkung von Heinrich Barth beim Wiederaufbau eines freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Deutschland hervor und erinnerte daran, daß Barth an der Gründung der Konrad-Adenauer-Stiftung und 1967 führend an der Errichtung der Hermann-Ehlers-Stiftung beteiligt war.

Peter Hintze: „Zwischen 1970 und 1980 hat Heinrich Barth als Mitbegründer und Leiter des Instituts für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung richtungsweisende Wege bei der wissenschaftlichen, sozialen und politischen Ausbildung zahlloser junger Menschen aus dem In- und Ausland beschritten.“

## Wacher Sinn für Fairneß, Ausgleich und Gerechtigkeit

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Die CDU Deutschlands trauert um einen aufrichtigen Mitstreiter, der sein politisches Engagement, seinen hohen juristischen Sachverstand und seinen wachen Sinn für Fairneß, Ausgleich und Gerechtigkeit über viele Jahrzehnte in den Dienst unserer gemeinsamen Sache gestellt hat.“

Die CDU Deutschlands wird Heinrich Barth ein ehrendes Andenken bewahren.

## An die Bälle, fertig, los!

### Neue olympische Disziplin

## „Beach-Volleyball“

Beach-Volleyball, die Strandvariante des klassischen Volleyballs erhielt letztes Jahr bei den olympischen Sommerspielen in Atlanta die olympischen Weihen. Seitdem erfreut sich diese neue Sportart zunehmender Beliebtheit.

Beach-Volleyball, das sind ein Netz, ein Ball, vier Spieler, frische Luft und jede Menge Sand.

Während beim klassischen Volleyball eine Mannschaft jeweils aus 6 Spielern mit einer konkreten Aufgabenteilung besteht, sind beim Beach-Volleyball jeweils nur zwei Spieler in einer Mannschaft, die allround alle Funktionen wahrnehmen müssen.

Doch Beach-Volleyball ist längst nicht nur ein Sport für alle, die sich Urlaub am Meer leisten können. Bereits jetzt gibt es in vielen Sportanlagen, Schulen und Freizeitparks Beach-Volleyball-Anlagen.

### ● CDU-Beach-Volley

Bestell-Nr.: 9158

Verpackungseinheit: 1 Ball

Preis je Ball: 21,60 DM

### ● Wasserball

Der neue Wasserball der CDU in leuchtendem CDU-Rot ist ab sofort wieder lieferbar

Bestell-Nr.: 9778

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 37,50 DM

### ● CDU-Lederfußball

Rund um den CDU-Lederfußball lassen sich auf Ihrem CDU-Sommerfest viele attraktive Veranstaltungspunkte arrangieren, wie z. B. Torwandschießen, Prominenten-Fußball-Turnier oder Versteigerungen (für karitative Zwecke) mit Autogrammen berühmter Persönlichkeiten.

Bestell-Nr.: 9614

Verpackungseinheit: 1 Ball

Preis je Ball: 25,80 DM

### ● Plakat: Sommer mit der CDU

Dieses Plakat im Format DIN A1 können Sie zur Ankündigung und Dekoration Ihrer Sommerveranstaltungen verwenden.

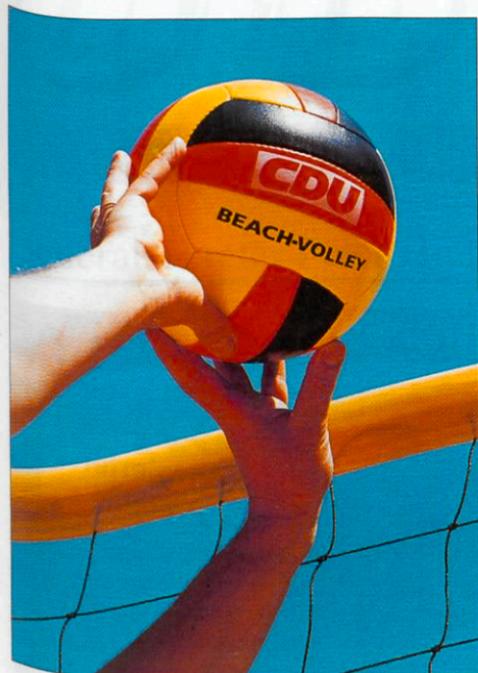
Bestell-Nr.: 8269

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preise je 50 Plakate: 38,- DM

### Aktionstip

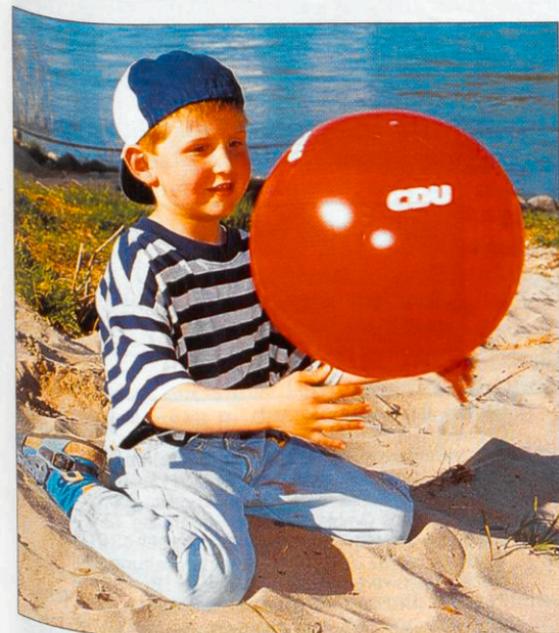
*Organisieren Sie ein fröhliches Bade- und Musikfest für Jung und Alt in einem nahegelegenen Schwimmbad oder an einem Badensee, verbunden mit Attraktionen wie Talk-Show, Wasserballturnier und verschiedenen Schwimm-/Geschicklichkeitswettbewerben. Hierbei darf natürlich der CDU-Wasserball als Preis für alle Teilnehmer nicht fehlen.*



▲ CDU-Beach-Volley



▲ Plakat: Sommer mit der CDU



▲ CDU-Wasserball

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand\*

**Bestellungen an:**  
 IS-Versandzentrum  
 Postfach 1164  
 33759 Versmold  
 Fax (0 54 23) 4 15 21



▲ CDU-Lederfußball

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN

## CDU-Ledergeldbörse: 29,90 DM

Wie abgebildet besteht die Börse aus einem Kleingeldfach auf der Außenseite sowie aus dem Scheinfach, 8 Kartenfächern und zwei Steckfächern im Innenteil. Die hochwertige Verarbeitung dieser Börse aus der namhaften „Brown-Bear-Collection“ zeichnet sich unter anderem durch rundgenähte Ecken, doppelte Nähte sowie die Stoff-Kaschierung an den Innenseiten aus. Durch ihr handliches Format (ca. 11x9cm) ist diese Börse sowohl als Damen- als auch als Herren-Geldbörse verwendbar.



▲ Bestell-Nr.: 9243  
Verpackungseinheit:  
1 Expl.  
Preis je Expl.:  
29,90 DM

Bestellungen an: IS-Versandzentrum  
Postfach 11 64  
33759 Versmold  
Alle Preise zzgl.  
MwSt. und Versand Fax (0 54 23) 4 15 21

# UiD

18 / 1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-500 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.